



Stadtwerke fordern Gaspreis-Notbremse

In einem offenen Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck verlangt der Freiburger Konzern, den Energiemarkt zu schließen. Der Staat müsse die Mengen verteilen.

VON STEFFEN JANKOWSKI

FREIBERG – Die Bundesregierung muss unverzüglich den nationalen Energiemerkel ausrufen. Das ist eine der sieben Forderungen, die die Stadtwerke Freiberg am Mittwoch in einem offenen Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gerichtet haben. „Das bedeutet, alle Marktpreise komplett glattzustellen – sowohl auf der Import- als auch der Vertriebsseite – und die zur Verfügung stehenden Energiemengen staatlich zu verteilen“, heißt es in dem von Vorstandschef Axel Schneegans unterzeichneten Schreiben.

Weiter wird verlangt, einen Bundeslastverteiler einzusetzen und die eingeführten und diskutierten Umlagemodelle sofort zu stoppen. Letztere stellten „lediglich einen Versuch dar, mit solidarischen Mitteln einen Markt am Leben zu erhalten, der praktisch längst zusammengebrochen ist“, heißt es wörtlich. Bereits ohne Umlagen habe sich der Wärmepreis in einem Jahr verdrei-

Axel Schneegans
Vorstandsvorsitzender
der Stadtwerke
Freiberg AG
FOTO: DIANA BÖHM/STADTWERKE



facht, rechnet der Konzernchef vor, ab Januar drohten weitere massive Erhöhungen. Auch mit der staatlichen Notbremse werde es teuer, „aber alle zahlen den gleichen Preis“.

Darüber hinaus spricht sich der Konzern für ein nationales Energie-wendemonstratorium aus. Er fordere eine Bestandsaufnahme und einen realistischen Plan zum Ausbau der

Erneuerbaren Energien statt Wunschvorstellungen, so Schneegans: „Jetzt ist viel von Wärmepumpen die Rede – aber die Lieferzeiten für derartige Geräte liegen bei einem bis anderthalb Jahren.“

Auch bei Windkraft und Sonnenstrom sei zu klären, von wem und wann die Anlagen hergestellt werden können. Dabei müssten Abhängigkeiten reduziert und die Wirtschaft stabilisiert werden: „Mehr als 80 Prozent der pro Jahr in Deutschland installierten Photovoltaik-Module kommen aus China.“ Die ersten Erfolge von Meyer Burger bei der Reaktivierung der heimischen Solarbranche dürften nicht gefährdet

werden. Hochtechnologiebranchen müssten geschützt werden, nennt Schneegans die Freiburger Halbleiterbetriebe Siltronic und Freiburger Compound Materials als Beispiele.

Zudem plädieren die Stadtwerke dafür, Nord Stream 2 freizugeben. Die Nichtinbetriebnahme der Gasleitung sei „für Gazprom eine willkommene Begründung zur Reduzierung der Erdgaslieferungen.“ Dabei könne der russische Konzern via Yamal oder Drushba jederzeit liefern. Statt an der Verhinderung der Inbetriebnahme der Leitung festzuhalten, sollten Russland alle Argumente für die Kürzung der Erdgaslieferungen genommen werden.

Als letzten Punkt fordert der Freiburger Konzern Habeck auf, den sozialen Frieden zu sichern. An einer gut gemachten Transformation der Energieversorgung führe kein Weg vorbei, so Schneegans. Aber diese müsse „sicher, bezahlbar und gesellschaftlich getragen sein“. Bis Redaktionsschluss lag am Mittwoch keine Reaktion aus Berlin vor.

Erst am Montag hatte sich der Energie-Krisenstab der Stadt Reichenbach in einem Brandbrief an Habeck dafür ausgesprochen, wieder wirtschaftliche Verhandlungen mit Russland zu führen. Der Charakter des Freiburger Schreibens sei aber ein anderer, so Schneegans.



Die Stadtwerke Freiberg AG hat über ihre Tochterfirmen nach eigenen Angaben etwa 30.000 Strom- und 6000 Gaskunden und versorgen mehr als 10.000 Wohnungen mit Fernwärme.
FOTO: ECKHARD MILNER/ARCHIV



Am Fernwärmenetz hängt die Heizung von etwa 20.000 Freiburgern – auch in Teilen der Altstadt (Foto). In den DDR-Wohngebieten wie Friedeburg und Wasserberg gibt es dazu kaum eine Alternative.
FOTO: ANNEROSE WINKLER/ARCHIV